

Die Halle besitzend bei primärem...
Preisung 2,50 M., durch die Post
zu 2 M., ausl. Befreiungsgeld.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für unterlagt eingehende Vorkauf
nach dem Gesetz übernommen.
Redaktion nur mit Chefredakteur:
„Saale-Bl.“ gefaltet.

Postamt für die Redaktion Nr. 1140;
für Annoncenabteilung Nr. 1138.

Saale-Beitung.

Strombürgerlicher Jahrgang.

werden die Spaltenreihe oder deren
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von
unseren Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expositionen angenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle
und auswärts 1 M.

Ercheint täglich zweimal,
Sonntags und Feiertagen ausnahmslos.

Redaktion und Haupt-Verlags-
stelle: Halle, Gr. Braustraße 17;
Korrespondenzstelle: Markt 24.
Anzeigen-Verlagsstelle: Gr. Ulrich-
straße 63, I; Telefon Nr. 591 u. 176.

Nr. 99.

Halle a. S., Dienstag, den 1. März.

1910.

Die nationale Bewegung in Ägypten.

E. P. Im Lande der Pharaonen beginnen sich die poli-
tischen Lebensformen zu regen. Auf den ägyptischen Prä-
mierminister ist vor kurzem ein Attentat verübt worden,
das den Tod des Angefallenen zur Folge hatte. Der Mör-
der, ein Apotheker, erklärte, er habe die Tat verübt, weil er
in dem Minister Butros Pascha einen Verräter an der
Sache des Vaterlandes gesehen habe. Der Apotheker Mar-
dani, der demnach aus innerer Überzeugung heraus die
Mordtat erdrosselt hat, im Ausland studiert und gehört jener
Jugend, über die ganze Kulturwelt verbreiteten, fremden
Generation an, die Land und Volk so gerne von fremdem
Joch erlösen und zu Selbstständigkeit und Größe führen
möchte. Gewiß ein hohes, edles Ziel, aber das Mittel,
welches seinen in Ägypten zu diesem Zwecke angewendet
wurde, ist unter allen Umständen zu verdammen.

Die Geschichte kennt wohl erregte Zeiten, und selbst be-
jammerte Historiker haben zuweilen in jenen Persönlichkeiten,
die in ihnen mit gewaltsamen Mitteln eine Veränderung un-
erträglicher Zustände herbeizuführen versuchten, nur Märty-
rer einer großen Sache gesehen wollen. Politische
Reife kann es mit solchen Mitteln nicht! Besse-
rung kann nur durch ein Volk in seiner Gesamtheit ge-
schaffen werden, das aus seiner Mitte heraus die rechten
Männer zur rechten Stunde bisher noch immer zu Rat und
Tat aus sich gebracht hat.

Ägypten hat lange unter türkischer Herrschaft
direkt gestanden. Heute ist der Kadifschah am Goldenen
Horn nur noch dem Namen nach als Suzerän eine Schein-
herrschaft über das Land der Pyramiden aus. Auch hier
haben die europäischen Mächte feierliche Anerkennung aus-
gesprochen und Garantien unterschrieben. Sie stehen auf
dem Papier und sind lieblich zu lesen, solange nicht irgend
ein Sturm nationaler Leidenschaften oder internationaler
Komplikationen sie illusorisch macht. Auch Ägypten ist dieses
Schicksal nicht erspart geblieben: Frankreich, das unter
dem zweiten Kaiserreich in Alexandria und in Kairo
das erste Wort sprach, hat von den fruchtbarsten Geländen des
heiligen Stromes vor englischen Golde und eigener un-
seliger, unpraktischer Diplomatie weichen müssen. Britanni-
en herrscht, und das stolze Wort, daß es Aufgabe Englands
sei, den „Union Jack“ einmal vom Kap bis Kairo wehen
zu lassen, kommt von Jahr zu Jahr seiner Verwirklichung
näher. Der Suzeränat — der Aufstand Arabi Paschas —
Faschoda — der Burenkrieg — die neuerliche Konkoaktion
mit Clappen auf diesem Wege. Dort, wo sich selbst im
Rubien der Nil gabelt, liegen die Sultanate Wadai, Darfur
und Kordofan, herrscht noch selbständig der Herrsche
Meneit. Wadai, Darfur und Kordofan sind so gut wie
englisch, und in Südwest kämpfen interessierte Mächte
zurzeit erbittert um ausschlaggebenden Einfluß. Wir wird
diesen zuletzt eringen? — England; und dann wird
Westindien ein zweites Ägypten sein, und damit wäre die
Hauptarbeit im Osten Afrikas getan.

Wir könnten die eiserne, konsequente Politik Albions
im dunkeln Erdteil noch weiter verfolgen, es würde uns
jedoch, da wir uns heute ausschließlich mit der rein
ägyptischen Frage beschäftigen wollen, zu weit führen.
Diese ist plötzlich wieder einmal durch die erwähnte, folgen-
schwere Tat eines nationalaffinen Fanatikers in den Vor-
dergrund gerückt. Sie zeigt, wie es in der Welt des Islams
ganz hätte in ihr der Fatalismus der Religion nicht eine
so gewaltige Macht, das Abendland würde schon längst
Zeiden und Wunder erlebt haben. Wenn auch jetzt die
Führer der ägyptischen Nationalpartei erklärt haben, ihre
Partei verurteile streng die Propaganda der Tat und stelle
sich auf den rein geschäftlichen Boden, so ist dabei zu bedenken,
daß solche Worte sich nachher immer ganz gut anhören, in
Wirksamkeit aber gar keinen Wert haben, denn von ihren
Anschlüssen können die Nationalisten den Jahazi in Mar-
dani nie und nimmer abschütteln.

Der ermordete Minister Butros nahm in der von
den Nationalisten betriebenen Verfassungsfrage einen ver-
mittelnden Standpunkt ein. Eine eigentliche Volksvertre-
tung gibt es am Nil nicht; der sie erschaffen folgende Ge-
setze sind die Rat, aus 14 ernannten und 16 gewählten Mit-
gliedern bestehend, kann nicht gut als ein konstitutionelles
Parlament bezeichnet werden und seine Aufgaben sind
allein beratender Art. Daneben gibt es eine alle zwei Jahre
zusammentretende „Allgemeine Versammlung“, die ihrerseits
sich wieder zusammensetzt aus dem Ministerium, dem ge-
wählten Rat und 46 vom Volke erwählten Mitgliedern;
dieser Versammlung steht die Steuerbewilligung zu. Die
Nationalisten wollen nun ein möglichst modernes, rein ägypti-
sches Parlament und trafen mit dieser ihrer Art und für sich
wohl berechtigten Forderung bei Butros auf unüberwind-
lichen Widerstand, zumal sie damit auf eine gängliche Be-
setzung von der englischen Bevölkerung zuträfen. Die
nationale Presse ist demgemäß schon aus den letzten
Jahren ziemlich schwach gewesen, und die Regierung glaubte
sich gezwungen, das alte, scharfe Preßgesetz von 1884 wieder

einführen zu müssen. Durch ein so rigoroses Ausnahmefeset
wurde natürlich die Sache nicht besser, und bald kam ein Ge-
setz heraus, daß jeder, der gemeinheitsmäßig Angriffe gegen
Leben und Eigentum unternimmt, an seinem Wohnort
bis zu fünf Jahren unter Polizeiaufsicht gestellt werde. Der
so Beaufschlagte soll auch angehalten werden können, Bür-
gerschaft für sein ferneres Wohnverhalten zu leisten, und bis sie
geleistet wäre, habe die Behörde das Recht, ihn in Haft
zu behalten. Sei die Bürgerschaft nicht bezubringen, so müsse
man dem Verdächtigen einen Zwangswohnsitz anweisen, an
dem er Wohnort verrichten könne. Maßregeln, wie wir
sehen, die gewiß hart sind und darum gesteigerte Erbitterung
herbeizuführen, die nun ein blutiges Opfer gefunden hat. Man
wird mit Recht gespannt sein, welche Maßnahmen nunmehr
die ägyptische Regierung unter dem Druck ihrer englischen
Vormundschaft trifft.

Der ägyptische Nationalismus, und damit berührt er
sich mit dem anderer Nationen, hat vor allem die Ju-
gend für sich. Sie ist begeisterungsfähig und opferfreudig.
In ihren Seelen haben die modernsten Staats- und Rechts-
begriffe, die ihnen das Abendland zu geben vermochte, un-
auslöschbar Wurzel gefaßt. Die ganze mohammedanische
Welt von Indien bis zum Atlantischen Ozean ist auf diese
Weise nach geworden. Dort nicht nur, sondern auch in
Ägypten ist Englands Welt Herrschaft am meisten bedroht.
Wenn aber der Brand erst einmal am Bengalischen Meeres-
busen auflodert, wird das Wort „Ägypten den Ägyptern“
von Delta des Nil bis nach Ostarien hinunter braulenden
Widerhall finden, und die Palme des Propheten am Gol-
denen Horn wird wie zur Zeit der großen Sultane wieder
ihre alte Zauberkraft bewähren.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom Montag, 28. Februar.

Am Ministertisch: von Moltke, Hof.
Vizepräsident Dr. Forst eröffnet die Sitzung um 11 Uhr
20 Minuten.

Etat des Ministeriums des Innern.

5. Tag.

Abg. Dr. Dieckhoff (Soz.)

trifft sich das gegen die polnische Bewegung gerichtete Spionage-
system der Polizeibehörden in Polen. Die Spionage, die mit
fallenden Berichten und Prooationen arbeitet, erstreckt ihre Tätig-
keit auch auf das Ausland bis nach Nordamerika. Die Auswan-
derung der Polen dort hin wird begünstigt, einmal um ihre Zahl
im Osten zu vermindern, dann aber auch, um den großen Schiffs-
fahrtsgeheimnissen Einnahmen zu verschaffen. Der Chef der
Polenpolitischen Polizei entwickelt als ein ganz merk-
würdiges Interesse an der antimilitaristischen
Propaganda. Der Agent provocateur Ratowski hat im
Auftrage der Polenpolitischen Polizei auch nach eigenem Ge-
wissen heimliche Berichte über das Internationale sozialistische
Bureau in Brüssel erstattet. Ein polnischer Polizeibeamter hat
die aus Galizien eingehenden Postpakete kontrolliert und ver-
sucht, die Postbeamten und auch die Postbeamten zu beschämen
und zur Verleugung ihrer Amtspflicht zu verleiten. Die betreffenden
Namen haben dem Minister zur Verfügung. Die Aussagen der
Spiegel Ratowski und Forst beweisen, daß hier ein großer
größter Menge aufgeführt ist. Man wird ihre Angaben
natürlich mit größter Vorsicht aufnehmen müssen. Wir gerade
deshalb muß der Minister eine ganz eingehende und objektive
Untersuchung anstellen. Um so mehr, als ein Teil der Behauptun-
gen der beiden Spiegel wenigstens soweit erwiesen sind, wie
sie ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren erwiesen werden können.
Wir behaupten nicht, daß die Zentralinstanz und vielleicht auch
der polnische Polizeipräsident v. Hollmann von diesen Nieder-
trächtigkeiten und Schmutzereien der Polenpolitischen Polizei
Kenntnis haben, oder daß sie sie billigen. Der Redner wendet
sich dann ausführlich gegen die Zeilungsberichte, die bei den
Frankfurter Wahlkreisstrawallen den Demonstranten die An-
griffserfolge zulesen. Diese Berichte widersprechen einander,
und sie beruhen größtenteils auf einem amtlichen Polizeibericht.
Was es aber mit solchen Polizeiberichten auf sich hat, werten wir.
Selbst der König von Preußen hat sich nicht über die
Unzuverlässigkeit dieser Berichte geäußert, als sie gerichtlich fest-
gestellt war. Die Mehrheit der Frankfurter bürgerlichen Stadt-
verordneten hat selbst einen Beschluß gefaßt, der das Vorgehen
der Polizei aufs schärfste verurteilt. Was ist denn bei der
jüngsten Frankfurter Gerichtsverhandlung gegen einen der ange-
klagten Radesführer bei den Anwaltschaften herausgekommen? 150 M.
Geldstrafe wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und groben
Anfugs wäre der Mann wirklich des Angriffs auf die Polizei
überführt worden, so hätte er eine andere Strafe erhalten! In
seiner Wohnung hat die Polizei Hausdurchsuchung veranstaltet, man
legte es darauf an, aus der Sache einen großen politischen Prozeß
zu machen. Aber man fand nichts als eine Menge Schriftstücke
über die Jugendbewegung, die widerrechtlich beschlagnahmt
und nachher zurückgegeben wurden. Wie kann die bürgerliche
Linke uns sagen, wir läßen eine Wutsturz auf uns durch die
Veranstaltung von Straßenunruhen? Ihre Führer haben
gestern doch selbst hier eine Kundgebung mit unseren Anhängern
zusammen abgehalten, der eine Reihe Straßenunruhen
folgten! Alle Zeitungen sind heute voll von Verurteilung über die
Großartigkeit dieser Kundgebung. (Gelächter rechts.) Auch in
Frankfurt a. M. haben gestern ohne eigentliche Vorbereitung

Streßendemonstrationen der bürgerlichen Parteien stattgefunden.
Die Polizei hat nicht eingegriffen, und keine Fliege ist ge-
tötet worden! Nun sieht die Linke, wie solche Kundgebungen spontan
entstehen! Freilich, Herr Casel, man eine Gänsehaut überlaufen
haben, als er von den gefirten Kundgebungen seiner Gefinnungs-
genossen hörte! Oder ist er gestern vielleicht an der Spitze des
Demonstrationzuges geschritten, der logar nach dem Schloß
marschierte? Das heißt immer gläublich.

Unterstaatssekretär Holtz:

Die Unterstellung des Abg. Dr. Dieckhoff, die polnische poli-
tische Polizei arbeite mit gefälligen Berichten und verlege das
Bürgerrecht, welche ich rundweg zurück. Davon ist keine Rede.
Herr Dr. Dieckhoff sagt selbst, seine Mitteilungen stützten sich
auf Angaben des Herrn Ratowski, und auf Grund dieser An-
gaben, deren Glaubwürdigkeit er von Zeit zu Zeit selbst hart in
zweifel zieht, erhebt er hier so schwere Anklagen. Dies Vor-
gehen finde ich unerhörte. (Läch. Beifall rechts, Sturm d. b.
Soz.) Es kommt Ihnen, Herr Dr. Dieckhoff, nur darauf an,
hier Agitationsstoff nach außen hin zu werfen! (Sehr richtig!
rechts.) Hier im Saale werden Sie mit solchen Mitteln aller-
dings auch keinen Eindruck machen, weder bei den Parteien noch
bei der Regierung! Ueber die Frage der Streßendemonstrationen
wollen wir uns nicht unterhalten, ich wenigstens nicht mit Ihnen.
(Heiterkeit.) Die Frankfurter Gerichtsverhandlungen werden ja
die Wahrheit an den Tag bringen, und sie werden sicherlich auch
zeigen, daß die Agitatoren und eigentlichen Angreifer sich auch
hier wieder hinter der Front befunden haben! (Läch. Zu-
stimmung rechts, Sturm bei den Soz.)

Abg. Dr. Müller-Sagean (fr. Sp.)

bringt eine Entschädigung des Reichsgerichts zur Sprache, die dem
Polizeibeamten erlaubt, einem fliehenden Radfahrer durch den
Polizeihund verfolgen zu lassen. Dagegen hat schon der Polizei-
hunderen Stellung genommen, unter Berufung auf das maß-
gebende Polizeihund-Dressurbuch, das inselbende die Verfolgung
fliehender Radfahrer durch die Hunde für unzulässig erklärt. In
der Tat kann durch die Verfolgung eines Radfahrers durch den
Polizeihund das größte Unglück entstehen. Springt der Hund
den Radler an, so stürzt der, und nicht nur er selbst, sondern auch
die Passanten können gefährdet werden. Die Polizeihunde dürfen
nicht zu Bietz haben und dressiert werden, ihre Verwendung ist
nur da zulässig, wo der Führer sie in der Hand behält. (Beifall
links.)

Minister v. Moltke

erwidert, von einem Anspringen und Zu-Boden-Reißen des Rad-
fahrers durch den Polizeihund sei keine Rede. Die Hunde würden
dahin dressiert, den fliehenden nur zu stellen, ihn zu umfassen,
anbringen dürfen sie ihn nicht. Hunde, die in dieser Dressur
nicht taffest sind, würden von der Polizei überhaupt nicht ver-
wandt.

Abg. Hirsch (Soz.)

fordert die Streichung des Titels „Geheime Ausgaben im Inter-
esse der Polizei 200 000 Mark“. Die politische Geheimpolizei mit
ihrer Spionagetätigkeit muß abgeschafft werden. Kann denn der
große preussische Staat ohne Spindel nicht mehr auskommen? In
allen Demonstrationen spielen Spindel eine Rolle. Das sollte
sich auch Herr Casel merken, der stets die Polizei so eifrig ge-
trübt. Aber er ist ja durch das Loß des Herrn v. Borch genug
behaftet. (Lachen rechts.) Der Redner schildert die Tätigkeit
einiger Polizeigagenten, die unter falschen Namen in sozialdemo-
kratische Vereine eintreten. Weiß der Minister davon? Aber
auch Polen und Anarchisten beipfiehlt man mit Hilfe gefeilterter
Subjekte, denen man dann nicht einmal den ausübenden Lohn
auszahlt. Sie sprechen soviel von der preussischen Ehre.
Durch die Bewilligung solcher Geheimfonds schänden Sie die
Ehre Preußens!

Vizepräsident Dr. Forst

ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Hirsch:

Von den Konserativen und den Nationalliberalen erwarten
wir nichts. Aber das Zentrum sollte sich doch seiner besseren
Vergangenheit erinnern und den Titel ablehnen. Bewilligen
Sie die Summe, so machen Sie sich mitgliedig an den Verbrechern
der Spindel. (Beifall b. d. Soz.)

Minister v. Moltke:

Die Materie ist schon mehrfach eingehend behandelt worden,
ich beziehe mich auf meine vorjährige Erklärung. (Lachen b. d.
Soz.)

Abg. Switala (Pole)

lehrt Beschwerde über Bewilligung der polnischen Solos und der
polnischen Jugendorganisationen.

Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten,
Freisinnigen und Polen bewilligt.

Ein

sozialdemokratischer Antrag

auf Abschaffung der politischen Geheimpolizei wird gegen die
Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Als Zuschüsse an die Kommunalverbände für die Für-
sorgeerziehung Minderjähriger sind 6 Millionen Mark
ausgelegt.

Abg. Dr. Falckner (Ztr.)

fordert eine bessere Vorbereitung der Leiter von Fürsorgeanstalten.
Für die Erziehungsanstalten sollten Lehrer in besonderen sozial-
pädagogischen Fächern, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten
werden, vorgeliefert werden. Die Gesellschaft für Volkswohlfahrt
sollte eine Schule für die Heranbildung von Anstaltsleitern
gründen. In den Fürsorgeanstalten muß den weiblichen Zöglingen
die ganze Haushaltung beigebracht werden. (Beifall im Zentr.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Unser heutiges Fürsorgegesetz ist, wie die offizielle Statistik
erweist, völlig veraltet, ihre Ergebnisse sind geradezu lässlich.

Kleine politische Nachrichten.

Ob's was ist?

Eine sehr unwahrscheinliche Meldung druckt das "Echo de Paris" aus englischer Quelle ab. Danach soll Graf Westenthal bei seinem Berliner Besuch die Bekanntschaft des deutschen Reichssekretärs, Reichsgraf von Tschirschky, durchgesetzt haben. Der Herr v. Schöen sei.

Zu dem Reizemittel in der heillosen Regierung meldet ein Telegramm des "B. Z." aus Darmstadt: Der Großherzog hat gestern mittig dem Staatsminister Dr. Ewald, den Ministern des Innern Dr. Braun und den Provinzialdirektor v. Homberg in Audienz empfangen und danach das neue Ministerium wie folgt gebildet: Staats- und Justizminister Dr. Ewald, Finanzminister Dr. Braun, Minister des Innern v. Homberg.

Hof- und Personalsnachrichten.

Der Kaiser hat gestern mittig im Königlichen Schloß den neuernannten preussischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an Allerhöchster Hofe Mirza Mahmud Khan Ghelesam-Saltan in Antrittsaudienz empfangen. Bei der Audienz war der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Wirkliche Geheime Rat Freiherr von Schöen zugegen.

Ausland.

Die amerikanischen Dreadnoughts.

London, 28. Febr.

Der amerikanische Marineminister Meyer hat bekanntlich dem Kongress in Washington den in diesem Jahre zu beginnenden Bau von zwei Schlachtschiffen des Dreadnoughttyps von je 28 000 Tonnen vorgeschlagen. Aber mit diesen Angelegenheiten ist er noch nicht zufrieden. Sein Programm für 1910/11 — so wird dem "Tag" aus Washington telegraphiert — sieht außerdem den Bau zweier Monitoren von 32 000 Tonnen vor, die mit 10 Zehnjöligen Geschützen bewaffnet werden sollen. Diese Geschütze haben einen Kaliber, die 1650 Pfund wiegen. Die Gesamtkosten eines solchen Ueberdreadnoughts werden auf 18 Millionen Dollar veranschlagt. Der geplante amerikanische Seeräuber wird also fast noch mal so groß als die jetzigen Dreadnoughts sein, deren Tonnengehalt etwa 18 000 beträgt. Marineminister Meyer ist davon überzeugt, daß die Stärke einer Flotte nicht in der Zahl, sondern in der Größe ihrer Schiffe beruht, und Präsident Taft ist unterdessen in dieser Ueberzeugung. Präsident Taft hat erst letzte Woche eine Rede in Newark gehalten, in der er diese Ansichten ausführte.

Kleine Tagesnachrichten.

König Georg vor der Abreise?

Im Falle von Piräus ist nach Londoner Mittheilungen ein englischer Kreuzer dazu bestimmt, König Georg und seine Familie im Falle eines Sturms zu beschützen. Privatsekretär und persönliches Eigentum des Königs befinden sich angeblich auf dem englischen Kriegsschiff, das Land und Meer unter Dampf und strenger Bewachung durch englische Marineoffiziere steht.

Kongresse und Verbandstage.

H. Berlin, 28. Febr. (Meldung von Louis Fitz'schen Depeschsbureau.) Im Sitzungssaal des Kaiserlich-Gesundheitsamtes fand heute die konstituierende Sitzung des Organisations-Ausschusses für den in Berlin im Jahre 1911 stattfindenden Internationalen Kongress für Säuglingskinder statt. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung wurde vom Sekretär Dr. v. Behr-Pinnow eröffnet, der gleichzeitig auf die Bedeutung dieses Internationalen Kongresses hinwies. Hierauf erfolgte die Konstituierung des großen Organisations-Ausschusses. Das Protokoll über diesen Kongress wird voraussichtlich die Kaiserin übernehmen. Die Mitglieder der auswärtigen Staaten werden zur Theilnahme aufgefordert werden. Professor Keller, Direktor des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses, gab eine Uebersicht über die in Aussicht genommene verschiedenen Sektionen und Vortragsthemen, die auch Geheimher Regierungsrat Professor Dr. Dietrich eingehend erläuterte. Hierauf erfolgte die Wahl eines Gesundheitsauschusses, zu dessen Vorsitzenden der Präsident des Gesundheitsamtes Geheimrat Bumm gewählt wurde.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 1. März

Stadtverordneten-Sitzung.
Halle a. S., 28. Febr.
Am Vorstandsitzung die Herren Ratsrat Föhring, Baumeister Gygas, Fabrikant Gexler.
Eingegangen ist eine Petition wegen Gehaltsregulierung, die in der geschlossenen Sitzung verworfen wurde.
Punkt 1 betrifft einen von 15 Bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten eingebrachten scheinigen Antrag, der einen

Protest gegen die Wahlrechtsvorlage

darstellt. Der Antrag lautet:

Das Kollegium wolle beschließen, gemeinsam mit dem Magistrat bei der Staatsregierung dahin vorzulegen, daß das Gesetz über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in einer den Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert und insbesondere durch Neueinteilung der Wahlkreise und Erhöhung der Einzahl gesichert wird, der ihrer Steuerleistung und ihrer Bevölkerungszahl entspricht.

Herr Vorsteher Föhring meint, es sei man zur Begründung des Antrages schreite, möge man feststellen, ob er im Rahmen der

Kompetenz

der städtischen Kollegien liegt. § 32 der preussischen Verfassung gibt jedem Preußen das Recht zu Eingaben an den Landtag. Der vorliegende Antrag ist indes zu allgemein gehalten, er hätte auf Hallische Verhältnisse ausgeschrieben werden können. Tatsächlich geben allgemeine und städtische Ju-

zum Gegenstand des Angriffs, der Verächtlichung und Aufreizung gemacht zu werden.

Das Deutsche Reich ist ein sehr künstlicher, ganz eigenartiger politischer Aufbau, geschaffen in einer Zeit, die selten reich an bedeutenden Männern und opferwilligen Abgemut war. Man sollte sich aber hüten, eine einzelne gefestigte Maßregel selber, auch wenn sie sich finanziell und wirtschaftlich rechtfertigen läßt, aber aus Zustimmung beruht, daß das Reichs-tagewahlrecht auch der höchsten Opposition in erheblicher Anzahl die Tote der gefestigten Körperlichkeit des Reichs geöffnet hat. Eine gewisse parlamentarische Bestimmung gegen die Verhältnisse im Reich überhaupt offen heraus zu bekennen oder wenigstens verständlich genug durchzuführen zu lassen. Gegenstände und widerstreitende Interessen innerhalb des Reichs sind bereits reichlich vorhanden. Ein zu starkes partikuläres Selbstbewußtsein ist nur geneigt, die schon vorhandenen Reibungsflächen, die in einem Bundesstaate aus politischen und wirtschaftlichen Gründen unvermeidlich sind, noch zu vergrößern.

Die "Vossische Ztg." beantwortet die Posadowsky'schen Ausführungen in folgender trefflicher Weise:

Was der frühere Staatsminister des Innern über das Wahlrecht sagte, ist ganz zutreffend. Gewiß sind die Angriffe auf das Reichstagswahlrecht, ob sie unmittelbar erfolgen oder aus der Verteilung des preussischen Wahlrechts gefolgert werden müssen, verfehlt. Nur wissen wir nicht, was Graf Posadowsky als Minister getan hat, um eine Reform des preussischen Wahlrechts herbeizuführen. Eigenartig ist die Aeußerung, der Streitpunkt, der im Winter 1906/07 zur Auflösung des Reichstags führte, könne nicht als solcher betrachtet werden, bei dem es sich erst nach dem Verlangen der Mittel zur nationalen Verteilung gehandelt. Man wird dadurch an die neuere Bemerkung der "Kreuzzeitung" erinnert, Graf Posadowsky habe dem Zentrum noch gefanden. In der Tat ist er kein Freund der Auflösung und der konstitutionell-liberalen Auarung" gemeint. Seine jetzigen Ausführungen würden sich offenbar gegen seinen Nachfolger, den gegenwärtigen Reichstagsler v. Bethmann-Hollweg, den er mögen berechtigt sein; aber wir haben keinerlei Gewähr, daß Graf Posadowsky, wenn er statt des Herrn von Bethmann-Hollweg Reichstagsler und Ministerpräsident wäre, nennenswert bessere Vorschläge gemacht oder freisprechlichere Reden gehalten hätte, als der augenblickliche Inhaber dieser Aemter."

Parlamentarisches.

Die Präsidentenwahl im Reichstage.

Die heutige Präsidentenwahl im Reichstag wird unter ganz einzigartigen Umständen vor sich gehen: Bis zur Stunde weiß man selbst in Abgeordnetenkreisen noch nichts über den Ausgang der Wahl. Die freisinnigen Parteien treten erst heute unmittelbar vor der Sitzung zur Beratung darüber zusammen, ob überhaupt und in welcher Weise sie sich an der Präsidentenwahl beteiligen wollen. Im übrigen erhält sich das Gerücht, daß das Zentrum, das im Dezember nur aus persönlichen Gründen zugunsten des Grafen Sollog auf den ihm zutreffenden Anspruch zur Befreiung der ersten Präsidentenstelle verzichtet hatte, diesmal seine Rechte als für die Partei geltend machen und den bisherigen Vizepräsidenten Dr. Spahn als ersten Präsidenten präsentieren werden. Eine Kandidatur, die für sich auch die Sozialdemokraten bereits ausgesprochen haben sollen. Die Situation wird noch komplizierter dadurch, daß — unter Verweigerung nach — Graf Schöen in Uebig aus Gesundheitsgründen sich jetzt schon weigert, den Posten des ersten Präsidenten anzunehmen. In den Kreisen der konservativen Partei hofft man allerdings, den Grafen noch umzustimmen. Für den Fall, daß dies nicht gelingt, gilt der Abgeordnete Graf Fink v. Finckenstein als Kandidat der Konfessionen für den Präsidenten bzw. Vizepräsidentenposten. (Graf Fink v. Finckenstein vertritt den weitpreussischen Wahlkreis Kolenberg-Löbau. Er gehört allerdings dem Reichstag erst seit 1907 an.)

Schule.

Selbstzucht der Schüler.

In Elberfeld ist, wie man der "Vossischen Zeitung" schreibt, zum erstenmal in Deutschland an einer höheren Lehranstalt der Versuch gemacht worden, eine Schülerfestschulverwaltung durchzuführen zur Befreiung des freiwilligen Gehorsams und der Selbstverantwortlichkeit der Schüler. Sie beruht auf einer Schulordnung, wonach alle Klassen von Sexta aufwärts einen Vertrauensmann durch Stimmzettel wählen, der für die Klassenhygiene — Reinlichkeit, Lüftung, Temperatur — zu sorgen hat und alle Wünsche der Klasse seinem Ordinarius gegenüber zum Ausdruck bringt. Bei Abwesenheit des Lehrers sorgt er durch Ermahnung für Ruhe und Ordnung; die Vertrauensmänner von Obertertia aufwärts bilden einen Ausschuss, dessen Aufgabe die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sauberkeit auf den Gängen und auf dem Schulhofe ist. Der Ausschuss verteilt im Einvernehmen mit dem Direktor die einzelnen Plätze oder Gänge unter seine Mitglieder. Er wählt einen Ordinarium, dessen Aufgabe es ist, die Wünsche der gesamten Schülerschaft dem Direktor zu übermitteln. Außerdem wählt jede Klasse in geheimer Wahl einen Schriftwart, der eine Chronik der Klasse führt, einen Verwalter, der das Inventar der Klasse unter sich hat, einen Bühnenwart und einen Klassenführer. Am Schluß jedes Textialis unterliegt die Ausführung der Begutachtung durch die Klasse und die Lehrer; das Ergebnis wird in der Chronik vermerkt. Ueber die Tätigkeit des Ausschusses der Vertrauensmänner urteilen der Direktor und das Lehrerkollegium. Bei den Schulfestlichkeiten und paktiven Wahlrechts — Freiheitsstrafen, Hilfe Entzerrung und Ausschließung von den Gängen und der Anwendung der Strafen. Die Erfolge sind bisher auf der Selbstbetätigung der Schüler beruhenden Schulordnung werden von Kennern der Anstalt als ganz ausgezeichnete erklärt. Der Verfasser der Schulordnung, Professor Dr. Heemann, wird in der Monatschrift für höhere Schulen" eingehend über die ganze Frage berichten.

Das Ziel der Fürsorgeerziehung, die nötige sittliche Reife für das Leben, wird meistens nicht erreicht. Das verdienstliche Urteil hat unseren Fürsorgeerzieher ein früherer vortragender Rat im Justizministerium gesprochen, der erklärt hat, die Zöglinge bedürfen intensiver Verberben, um die Fürsorgeerziehung mit dem Gelingen zu versehen zu können. Tatsächlich sind die Zustände in den Anstalten schlimmer als in den Gefängnissen. Eine psychologische Untersuchung der Zöglinge und eine danach eingerichtete Behandlung der Zöglinge ist nötig. Heute wird nur geprügelt, und daß die Beziehung der leitenden Stelle mit einem Gelehrten nicht vor den jugendlichen Grausamkeiten bei der Behandlung meistens geisteswacher Kinder hilft, zeigt die Affäre Mielcz. Ebenso sah es in der vielgerühmten Anstalt Sierodorf aus. Nach Mielcz hat man einen Mann zum Erzieher bestellt, der eben erst aus einer Trinkerheilstalt entlassen war. Man denke an die Blödsinnigkeit! Es fehlt überall an der richtigen Kontrolle. Aus ganz richtigen Gründen werden heute Kinder in die Fürsorgeerziehung gesteckt.

Ein Regierungskommissar

ermindert, daß die Vorgesänge in Mielcz von der Regierung sehr befragt würden. Man dürfe aber nicht verallgemeinern. Von dieser Stelle aus könne er aussprechen, daß in unseren Fürsorgeanstalten pflichtlos und gewissenhaft gearbeitet werde. Es sind auch Erfolge erzielt worden, wenn sie auch nicht greifbar sind. Der Minister läßt sich bringend anlegen sein, die Missethäter zu bestrafen, wo sie sich zeigen. Es sind Fortbildungskurse für Erzieher eingerichtet worden. Diese Erzieherseminare sollen nach Möglichkeit ausgebaut werden.

Hg. Fassbender (Ztr.)

weist die Uebertreibungen des Hg. Ströbel zurück, besonders die Vorwürfe gegen die geistlichen Anstaltsleiter. Die religiöse Basis dürfe nicht verlassen werden, wenn auch Frömmelkeit nicht notwendig ist.

Hg. Ströbel (Soz.):

Die persönliche Ehrenhaftigkeit eines großen Teils der Anstaltsleiter habe ich nicht verächtlich. Auch ohne konfessionelle Erziehung lassen sich gute Früchte erzielen. Die philosophische Erziehung hat ihr Gutes. Man braucht natürlich nicht so philosophisch langweilig zu sein, wie Herr v. Bethmann-Hollweg.

Vizepräsident Dr. Posch

rufft den Redner zur Ordnung. (Unruhe links.)

Hg. Reimborn (Ztr.)

fordert Förderung der Wanderarbeitstätten, besonders an der belgischen Grenze. Die deutschen Konsuln dort nähmen sich der aus Belgien abgehenden, oft sehr braven deutschen Arbeiter nicht genügend an.

Minister v. Wolff

legt Prüfung der Verhältnisse zu. Damit ist der Etat des Innern erledigt. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 11 Uhr: Etat der Bergverwaltung.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Graf Posadowsky über die innere Reichspolitik.

Der frühere Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky hat sich in der Münchener Zeitschrift "Münz" einen Aufsatz geschrieben, der in einem Rundbrief zur Verfügung gestellt wird. Der Staatsmann, der seit dem 24. Juni 1907 der Teilnahme an der Leitung der Politik entliehen ist, hat die Wahrnehmung gemacht, daß neuerdings Stimmungen zur Geltung kommen, die dem föderativen Reichsgedanken nicht förderlich zu sein scheinen. Er knüpft dabei an die Verhandlungen über zwei Probleme an, erstens über die Schiffahrtsabgaben, zweitens über das preussische Wahlrecht. Graf Posadowsky stellt den Schiffahrtsabgaben derzeit sehr skeptisch gegenüber. Er hält jetzt für erwiesen, daß sie nicht ohne Aenderung der Reichsverfassung und nicht ohne verfassungsmäßige Zustimmung Oesterreichs und Hollands eingeführt werden können. Die entgegengesetzte Meinung, die in Zeitungsartikeln vertreten worden sei, hält Graf Posadowsky für abgetan. Bemerkenswert ist, daß Graf Posadowsky jetzt die Schiffahrtsabgaben zwar vom finanziellen Standpunkt gelten läßt, vom wirtschaftlichen und politischen aber als zweifelhaft bezeichnet. Beschlüssen würden sie in Preußen ausschließlich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, als Zugewinn an das österrichische Segnieren. Kann ein anderer Staatsmann aber hat, so lange er ernstlich tätig war, das Paragierum derart gefördert wie Graf Posadowsky.

Ferner sagt Graf Posadowsky in der Münchener Zeitschrift:

Auch die Gegner des Reichstagswahlrechts, welches mit dem Reich geboren ist, müssen anerkennen, daß unter der Herrschaft dieses Wahlrechts in Deutschland eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Gebiete eine ungeheure Kulturarbeit geleistet ist, und daß die auf Grund dieses Wahlrechts gewählte Repräsentation nach stets die Mittel gewährt hat, welche zur Verteilung unseres Vaterlandes zu Land und zu Wasser notwendig waren. Der Streitpunkt, der im Winter 1906 zur Auflösung des Reichstages führte, kann nicht als ein solcher betrachtet werden, bei dem es sich erst nach dem Verlangen der Mittel zur nationalen Verteilung gehandelt hätte. Solange aber der Reichstag in dem Umfange, in dem er es bisher getan hat, seinen nationalen Pflichten genügt, scheint es recht festzuhalten, das Reichstagswahlrecht als eine für das Reich politisch verheißungsvolle und schädliche Einzigung anzusehen, um so mehr als alle Parteien des Reichstages und ebenso die Vertreter des Bundesrats bei verschiedenen Gelegenheiten auf das Bestimmte erklärt haben, daß es ihnen völlig fern liege, das Reichswahlrecht anzutasten. Eine Prognose (a la Böckh, die Heb. v. Wolf, Ztg.), daß es sich einmal um die Wahl zwischen Reich und Reichswahlrecht handeln könne, kann nur dazu dienen, in meinen Kreisen Mißtrauen gegen die Absichten der Regierung und gegen die Parteien zu säuen, deren Vertreter solche Behauptungen äußern. Auch die ernstlichsten offenen und gebetenen Gegner des Reichswahlrechts würden kaum in der Lage sein, ihre Gegnerhaftigkeit in gelegentliche Beschlüsse zu übertragen.

Zu allen diesen hypothetischen Aeußerungen und verflüchteten Stimmungen kommt noch die bekannte Erklärung im Reichstage, daß der König von Preußen und der deutsche Kaiser jeden Moment imstande sein müßten, zu einem Leutnant zu fagen: "Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag." ... Derartige Aeußerungen pflegen ja



terellen oft so durcheinander, daß sie schwer zu trennen sind. Wissen Sie, daß die Rechtsprechung haben aber auch...
Herr St. H. Heile: Ich habe mich sehr interessiert...
Herr St. H. Heile: Ich habe mich sehr interessiert...
Herr St. H. Heile: Ich habe mich sehr interessiert...

gestalt: Wie würden wir uns mudern, wenn das von Ihrer Seite nach unserem Beispiel gesehen würde? Ich betone: Wir müssen uns sorgfältig hüten, unsere Kompetenz zu überschreiten.
Herr St. H. Heile: Wir brauchen uns gar nicht sorgfältig zu hüten. Wir überschreiten mit dem beantragten Vorgehen keineswegs unsere Kompetenz. Der Hinweis auf das Vollstreckungsrecht dürfte doch jeden überzeugen, daß wir als Gemeinde ein unmittelbares Interesse daran haben, daß ein die Städte nicht benachteiligendes Wahlgesetz zum Landtage zustande kommt.

Herr Oberbürgermeister Dr. R. i. e.: Namens des Magistrats habe ich zu erklären, daß der Magistrat in jener Sache eine staatspolitische Angelegenheit sieht, für die er die Vermählung nicht als zuständig erachtet. Sollte die Vermählung dennoch materiell über den Antrag verhandelt, und wohl gar zu einem positiven Beschluß kommen, würde der Magistrat eine ablehnende Haltung einnehmen.

Bei der Abstimmung stimmen 20 Stadtverordnete für 35 Stadtverordnete gegen

eine weitere Behandlung des Antrages; die Mehrheit erklärt sich also in der Sache für unzulänglich. Der Antrag ist damit erledigt.

Punkt 2 lautet nach der Magistratsvorlage: a) die in Folge der neuen Gehaltsregulierung zu gewährenden Zulagen sollen betragen: Bei den Magistratssekretären 300 Mk., bei den Politischen Beamten 300 Mk., bei den Polizeibeamten 300 Mk., bei den sonstigen Beamten 300 Mk., bei den sonstigen Beamten 300 Mk. b) Überschreiten die nach der neuen Gehaltskala zu gewährenden Zulagen die vorbestimmten Höchstätze nicht, so rücken die Beamten nach ihrer Bestimmungskategorie in die neue Gehaltskala ein. Überschreiten die Zulagen jedoch diese Höchstätze, so rücken die Beamten obiger drei Klassen zunächst in diejenige Stufe ihrer neuen Gehaltskala ein, welche den ihnen am 1. April 1910 nach der alten Bestehendenordnung zugehenden Gehalt um mindestens 300 Mk. bei den Magistratssekretären und 2. Bauinspektoren, um mindestens 100 Mk. bei den Polizeibeamten erhöht. Das Aufsteigen in die nächsthöhere Stufe der neuen Skala erfolgt in diesen Fällen dergestalt, daß den Beamten diejenigen Dienstjahre, welche sie in der ihnen am 1. April 1910 nach der alten Gehaltskala zugehörenden Stufe verbracht haben, auf die Zwischenstufe der neuen Skala angerechnet werden. c) Wird bei der Einreihung nach b) ein Beamter einem hinsichtlich des bisherigen Bestimmungskategorie älteren Beamten der gleichen Gehaltsklasse durch früheres Aufsteigen überholen, so rückt der ältere zugleich mit dem jüngeren. Diejenigen Beamten, welche am 1. April 1910 bereits drei Jahre das Höchstgehalt ihrer Klasse bezogen haben, rücken von der Zwischenstufe auf das Höchstgehalt der neuen Skala am 1. April 1911. Die Verlesung lautet die Anträge a. und b. ab, genehmigt aber Antrag c. (Ref. Herr St. A. n. a. b.)

Der Antrag über Entemäßigung der Geldverlust-Entschädigungen der Kassierer wird angenommen. (Ref. Herr St. A. n. a. b.)

Punkt 4 betrifft den von den sozialdemokratischen Stadtverordneten gestellten Antrag: Angehts der Tatsache, daß die Beamten und die städtischen Beamten eine weitere Erhöhung ihrer Dienstbezüge gefordert wird, beantragen wir, daß die

Löhne der städtischen Arbeiter um drei Mark pro Woche

erhöht werden.
Herr St. A. n. a. b. trägt die Anträge des Staatsauschusses vor, den Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen, aber den Magistrat zu ersuchen, eine Untersuchung bei den einzelnen Verwaltungen anzustellen, ob und in welcher Weise in letzter Zeit die Löhne erhöht sind, ferner zu erwägen, Maßnahmen statt bisheriger Tagelöhne einzuführen, damit die Arbeiter durch die in die Woche fallenden Festtage keine Einbuße erleiden, Arbeiter aus schließlich einzuleihen und Lohnfalten zu geben, eventuell mit Wietzschschiffen an kinderreiche Familien. Nach mehrstündiger Debatte, auf die wir im Abendblatt zurückkommen, wird ein Antrag A. n. a. b. angenommen, der den Magistrat beauftragt,

über Lohnaufbesserungen für die städtischen Arbeiter eine Vorlage zu machen.

Der Antrag wird mit 21 gegen 21 Stimmen angenommen, wobei die Stimme des Herrn Vorlesers zugunsten des Antrages den Ausschlag gibt. Von den Anträgen des Staatsauschusses finden noch die Anträge betr. die Einführung der Wohnlöhne, Lohnfalten usw. Annahme.
Bei der vorgedruckten Zeit wurden nur noch die folgenden Punkte erledigt:

7. Verkauf der Bauplatze Nr. 22 Ecke der Kohlschütter- und Reistraße für den Preis von 30 Mk. pro Quadratmeter für das Vorgartenland, 60 Mk. pro Quadratmeter für das übrige Land. Käufer ist der Architekt Richard Dohme. (Ref. Herr St. P. a. u. s.)

8. Verkauf der Bauplatze Nr. 31 an der Staudestraße für den Preis von 34 Mk. pro Quadratmeter an Rentier v. Schlegel. (Derselbe Referent.)

9. Verkauf der Bauplatze Nr. 23 an der Reistraße zum Preise von 56 Mk. für das Vorland und 28 Mk. für das Hinterland. Käufer ist Zimmermeister August Dohme. (Ref. Herr St. H. e. r. l.)

10. Verkauf der Bauplatze 1, 2, u. 3 an der Marthastraße an die Handelsgesellschaft Senfisch und Reichardt, für zum Preise von 35 Mk. pro Quadratmeter für das Vorland bis zu 25 Meter Tiefe und 17,50 Mk. pro Quadratmeter für das Hinterland. (Ref. Herr St. H. e. r. l.)

15. Der Zimmerpächter Wilhelm Bod beabsichtigt, auf seinem Grundstück Wasserweg Nr. 3 einen Neubau zu errichten. Nach der für den Wasserweg festgelegten Fluchtlinie erfüllt eine Parzelle von ca. 10 Quadratmeter Flächeninhalt aus der Straße zu dem Grundstück. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation hat der Magistrat das Land mit 10 Mk. pro Quadratmeter bemietet. Eine Eingabe des Herrn Bod dagegen wird nicht gerechtfertigt angesehen. (Ref. Herr St. R. e. i. c. h. a. r. d. t.)

Bund für Muttertschön

Der Bund für Muttertschön nahm auf seiner Generalversammlung in Halle, wo die bekannten Streitigkeiten zur Erörterung standen, folgende Resolution an:

Die Generalversammlung stellt nach Kenntnisnahme vom dem Bericht der Revisoren und des Schlichters, sowie nach Prüfung aller in Bezug auf die Verwaltung der Gelder erhobenen Beschwerden fest, daß die Kassierer in Ordnung befunden sind. Die Finanzlage des Bundes dürfte sich, daß die Käser seit Uebernahme des Geschäftsführerpostens durch Fr. Stöder im Oktober v. J. in freier kaufmännischer Form gesteuert worden und auch nicht der geringste Anlaß zur Annahme vorliegt, daß vor dieser Zeit eine den Satzungen des Bundes widersprechende Verwendung von Geldern vorgekommen ist. Die Verwaltung der Sache verheißt eine durch einen Teil der Presse getriebene, die gute Sache verheißende Darstellung, als ob die Kassierenverwaltung eine unzulässige sei. Die Generalversammlung beschließt, daß die Bundesrat und die Ortsgruppen des Bundes, aus deren Vereinigung die früheren Unklarheiten der Ausführung hervorgegangen sind, künftig in getrennter Buchführung geführt werden. Der Bund für Muttertschön beschließt, bis zur Erledigung der schwebenden Privatbeschuldigungen die Bundesverwaltung aus Berlin fortzunehmen. Als Vorort, wo die Geschäfte des Bundes geleitet werden sollen, wurde bis auf weiteres Breslau gewählt. Fr. Dr. Stöder legte darauf die Geschäftsführung nieder.

Vorbildungsverein.

Die Winterabende gehen zur Rüste, und so zeigen sich auch die Winterveranstaltungen des Vereins ihrem Ende zu. Der letzte Unterhaltungsabend brachte kinematographische Vorstellungen.

Es war eine schwierige Aufgabe, ein passendes Programm aufzustellen. Und trotz der sorgfältigen Auswahl mußten doch noch verschiedene Änderungen an dem Programm vorgenommen werden. Die einleitenden Worte hätten ihren Zweck wohl besser erfüllt, wenn dem Publikum in denselben Aufzählung darüber gegeben worden wäre, wie es hinter den Kulissen des Kinematographen zugeht. Am beispielweise einen Film herzustellen, welcher „das Meerbeben“, eine Frau auf dem Meeresschiff (ähnlich dem, jetzt, nach die Darstellung, auf einer entsprechend bemalten Leinwand liegend, Schwimmbewegungen, die von dem an der Decke platzierten Apparat aufgenommen werden. Es würde den Rahmen dieses Berichtes überschreiten, hier näher darauf einzugehen; vielmehr läßt sich das Verjüngte später nachholen. In den Vorbereitungen herrschte der Humor vor, der allerdings des öfteren unzulässig übertrieben war. Wie sehr aktuell ist hervorzuheben die Darstellung „Bögel in ihrem Heim“, der eine äußerst schwierige Aufnahme zugrunde liegt. Auch Poelle und Kallst kamen zu ihrem Recht durch die Vorführung der „Bürgerkriegs- und Szenen aus „Torquato Tasso“. Im großen und ganzen war das Publikum befriedigt. Das von der Kapelle der 300er gestellte Trio (Violin, Cello und Klavier) löste keine Aufgabe müßiggelüht.

Konfirmationen.

In der evangelischen Kirche fand gestern mittag im Beisein einer zahlreichen Gemeinde die erste diesjährige Konfirmation statt. Herr Pastor Sellmann konfirmierte 120 Knaben, die mit ihren Angehörigen auch das heilige Abendmahl empfangen. In der St. Johannestische konfirmierte Herr Pastor Fischer eine Anzahl Knaben und Mädchen.

Das 25. mitteldeutsche Bundesfest

wird vom 3. bis 10. Juli in Berlin abgehalten werden, und zwar auf dem Schönholzer Schießstand der Berliner Schützengilde, die die Ausrichtung des Festes übernommen hat. Es stehen dort nach den Neubauten nicht weniger als 40 Stände zur Verfügung, und es gelangen zur Aufstellung: 10 Stände (175 Meter) 18 Stände, auf Feld (300 Meter) 15 Stände, davon drei Stände für das Schießen mit dem Armeegewehr bestimmt sind, außerdem zwei Reiterstände auf 60 Meter und fünf Pistolenstände auf 35 Meter.
Neu ist die Einrichtung, daß für Schnellfeuerstöße jeder einzelne Stand durch eine elektrische Leitung mit den Meiststellen verbunden sein wird.

Freie in der Arbeit.

Der Installateur Hermann Schumacher konnte nur einigen Tagen auf eine zehnjährige ununterbrochene Arbeitstätigkeit im Geschäft von H. Angermann (Wasserleitungs- und Beleuchtungs-Anlagen) hier zurückblicken. Von seinen Geschäftsinhabern und seiner Kollegen wurden dem Jubilar verschiedene Ehrungen zuteil.

Beizsoortenerkunde.

In der städtischen Turnhalle am Kopsplatz fand gestern nachmittag die erste Beizsoortenerkunde des Bezirks Halle rechts der Saale statt. Im Stalle des Vorfes einen Tauwettbewerb in der Familie befindlichen Herrn Lehrer Duffler leitete dessen Stellvertreter in der Bezirksleitung, Herr Dreher Loth (T. B. Gießelstein), das Zurnen. Es beteiligten sich daran 81 Vorturner der verschiedenen Vereine. Im Schnellhangeln wurde Herr Klein von T. B. Guthsmuths hier mit 7 1/2 Sekunden am 6 Meter langen Seil Sieger; er erhielt als Preis ein Jahrbild. In der folgenden Sitzung im Restaurant „Landschaft“ wurde zunächst das Durchgehen besprochen. Das nächstjährige Gouturnfest wünscht der T. B. Könnern zu übernehmen, der zugleich sein fünfzigjähriges Bestehen feiern wird. Auf die Anschaffung des einheitlichen Zurnanzuges bis zum Kreisturnfest wurde hingewiesen.

Erläuterung in die Tiefen des Weltengangs. Der durch seine früheren Vorträge hier noch in better Erinnerung stehende Wäpfler W. B. u. s. Wien wird nächsten Mittwoch und Donnerstagabend im großen Saale der Kaiseräle alle populär-wissenschaftlichen Ausstattungsanstalten über die neuesten Forschungen auf dem Gebiete der Astronomie halten. Die Vorträge machen uns mit den Mythen der Sonne, des Mondes und anderer Weltkörper bekannt. Auch bei in diesem Jahre wiederkehrende Sagen die Kommet wird am zweiten Vortragsabende in Wort und Bild behandelt. Die Vorträge bieten voraussichtlich sehr viel des Interessanten und Befriedigenden.

Der Verein ehem. 67er in Halle und Umgegend hält Mittwochabend 8 1/2 Uhr in Bauers Restaurant, Rathausstraße, seine Versammlung ab. Wie ehem. 67er, die dem Verein noch fernstehen, sind willkommen.

Die ehemaligen Jülicher haben ihre nächste Zusammenkunft am Mittwochabend 8 1/2 Uhr im Schulhof, Köpferstraße, 1 Treppe, kleines Zimmer. Tagesordnung: Jubiläumsfest.

Provincial-Nachrichten.

Gedenktag.

Wangsdorf, 27. Febr. Am 27. Februar 1678 wurde hier Christoph Buchen geboren. Er ist der Gründer des hiesigen Waisenhauses, welches den Anfang der jetzigen Landwaisenanstalt bildete.

Wie einst August Hermann Franke, so legte auch er fast ohne Mittel, nur, wie er selbst gesagt, im Vertrauen auf Gott und das gute Herz seiner Mitmenschen, den Grund zu der Anstalt, in welcher



